

Unternehmen Nachhaltigkeit

econsense | Forum Nachhaltige Entwicklung
der Deutschen Wirtschaft

Standpunkte für die Diskussion

econsense | Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. ist eine Initiative führender global agierender Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft und wurde im Juni 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegründet. Die Mitglieder von econsense wollen zur Gestaltung einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft einen engagierten Beitrag leisten. econsense versteht sich dabei sowohl als Diskussionsplattform für einen offenen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, als auch als Meinungsbildner, der sich in die politische Diskussion einbringt und Themen aktiv mitgestaltet. Im Dialog wollen wir auf Rahmenbedingungen hinwirken, die Innovationen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung ermöglichen.

Vorwort

Unternehmen Nachhaltigkeit

Die anspruchsvollen Ziele des Nachhaltigkeitskonzeptes kann kein Unternehmen, keine Regierung, keine Organisation oder Institution allein realisieren. Nur durch die Zusammenarbeit aller können Ergebnisse, kann ein Bewusstseinswandel erzielt werden. Die vorliegende Zusammenfassung unserer Standpunkte soll ein Beitrag sein, auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften einen Schritt weiterzukommen und den Herausforderungen einer globalisierten Weltwirtschaft zu begegnen.

Wir verstehen diesen Beitrag als „lebendes“ Arbeitspapier, das Anregungen gibt, das überprüft und ergänzt werden soll. Es ist ein gemeinsames Statement aller Mitgliedsunternehmen von econsense, das von der Diskussion aller Mitgliedsunternehmen geprägt ist. Es repräsentiert nicht in jedem Detail die Auffassung der einzelnen Mitgliedsunternehmen, sondern spiegelt vielmehr den notwendigen Meinungspluralismus in econsense wider.

Was uns als Unternehmen besonders wichtig erscheint, ist die Erkenntnis, dass Handeln nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit fairen Wettbewerb braucht, dass Nachhaltigkeit Wachstum fördert und Nachhaltigkeit letztendlich Arbeitsplätze schafft und sichert.

Was wir dazu allerdings brauchen, sind die richtigen Rahmenbedingungen. Für uns bedeutet dies: So viel Staat wie nötig, soviel Freiheit zu Innovation und Wettbewerb wie möglich. Ein „gesunder Staat“, der sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert, ist die beste Voraussetzung sowohl für die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprinzipien, als auch für Wachstum und soziale Ausgewogenheit. Nachhaltigkeit ist auch eine Nagelprobe für eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung durch Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Als Unternehmen sind wir uns dabei unserer Verantwortung bewusst und nehmen sie sehr ernst. Diese Verantwortung besteht keineswegs nur gegenüber dem Eigentümer oder Shareholder. Gesellschaftliche Verantwortung durch eine freiwillige Orientierung an ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Zielen erweist sich vielmehr als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens, von dem Anteilseigner, Mitarbeiter, Kunden und Gesellschaft gemeinsam profitieren.

Wir freuen uns auf Meinungen, Vorschläge und vor allem auf Beiträge, um das „Unternehmen Nachhaltigkeit“ gemeinsam voranzutreiben.

Inhalt

I. „Unternehmen Nachhaltigkeit“ – Thesen zur Diskussion	3
Nachhaltigkeit: ein tragfähiges Konzept weiterentwickeln	3
Impulse aus Unternehmenssicht	3
II. Unsere Grundüberzeugungen	4
Nachhaltig denken heißt vernetzt denken	4
Innovation durch verlässliche Rahmenbedingungen	4
Freiheit zum Wettbewerb sichern	4
Eigenverantwortung stärken – Verantwortung zuteilen	5
Transparenz schaffen – Kompetenzen bündeln	5
Lösungen hinterfragen – tragfähige Kompromisse suchen	5
III. Thesen	
1. Globale Märkte – Globale Vernetzung	6
Global Players – Global Partners: Märkte öffnen, Entwicklung fördern	6
Mobilität: Internationale Märkte fordern weltweite Vernetzung	8
2. Umwelt – natürliche Lebensgrundlagen sichern	10
Nachhaltige Energieproduktion und Energienutzung – gemeinsame Grundsätze für vielfältige Lösungen	11
Klimapolitik – eine internationale Herausforderung	12
Trinkwasser und Biodiversität – Ressourcen schonen	14
3. Demografie als Wirtschaftsfaktor – Chancen für die "Köpfe" von heute und morgen eröffnen	16
Staatliche Sozialsysteme bezahlbar machen – Lasten gerecht verteilen	17
Arbeitsmarkt flexibilisieren – qualifizierte Arbeitskräfte binden	19
Bildung und Ausbildung – Wohlstand durch Wissen erreichen	20
4. Gelebte Nachhaltigkeit in Unternehmen	22
Nachhaltige Produkte: Von der Wiege bis zur Bahre	22
Unternehmen in der Gesellschaft: Social Responsibility	23
Unternehmenskultur	25
Mitwirkende Unternehmen	26

I. „Unternehmen Nachhaltigkeit“ – Thesen zur Diskussion

Nachhaltigkeit: ein tragfähiges Konzept weiterentwickeln

Nachhaltigkeit ist zu einem bedeutenden Leitbild in unserer Gesellschaft avanciert. Das Konzept ist auch eine Option, Antworten auf die Herausforderungen einer globalisierten Weltwirtschaft zu finden.

Lebendig, greifbar und nützlich wird das Prinzip „Nachhaltigkeit“ jedoch erst, wenn es zur konkreten und immer wieder neu überdachten Anwendung in Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft kommt. Die Schwierigkeit, nachhaltig zu handeln, besteht darin, immer neue Zielkonflikte durch langfristig tragfähige Kompromisse zu lösen.

Trotz mittlerweile 10jähriger Diskussion besteht nach wie vor ein Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Diskussion des „Wozu“ und „Wohin“ der Nachhaltigkeitspolitik. Anders als andere politische Strategien kann Nachhaltigkeit jedoch nicht per Verordnung umgesetzt werden. Vielmehr geht es darum, einen politischen Rahmen zu schaffen, in dem durch Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung alle Potenziale insbesondere auch durch die Unternehmen genutzt werden können.

Impulse aus Unternehmenssicht

Zu diesem Prozess wollen wir als econsense mit klaren Standpunkten einen Diskussionsbeitrag leisten. Die Unternehmen spielen als ökonomischer Motor eine Schlüsselrolle für eine nachhaltig ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung. Sie verfügen über unverzichtbares Know-how und wichtige Ressourcen, innovative Lösungen zu entwickeln.

Um dieses innovative Potenzial zu entfalten, brauchen Unternehmen jedoch gute marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, für deren Gewährleistung in erster Linie die Politik verantwortlich ist. Voraussetzung dafür ist wechselseitige Akzeptanz, Vertrauen und Transparenz. Die Wirtschaft kann und muss glaubhaft belegen, dass Nachhaltigkeit, wie im Mission Statement von econsense zum Ausdruck gebracht, ein wichtiger Teil der unternehmerischen Zielsetzung ist.

Nachhaltigkeit heißt für Unternehmen schlicht, gut zu wirtschaften, mit einer realistischen Ausgewogenheit zwischen Gewinnerzielung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit. Schon deshalb ist es unser ureigenes Anliegen, gesamtgesellschaftlich, sozial und ökologisch verantwortlich zu denken und zu handeln. Die Sensibilität dafür ist sicherlich in den letzten Jahren nochmals gestiegen. Eine intensivierte Unternehmenskommunikation in Form von Umweltberichten – und in letzter Zeit vermehrt auch Nachhaltigkeitsreports – aber auch die Diskussionen um „Corporate Responsibility“ zeigen dies.

Als econsense haben wir uns das Ziel gesetzt, den Prozess der nachhaltigen Entwicklung aktiv mitzugestalten. Vor diesem Hintergrund möchten wir mit dem vorliegenden Dialogpapier einen konstruktiven Beitrag leisten, zu zentralen Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit Stellung nehmen und Lösungsvorschläge einbringen. Ausgangspunkt dafür sind unsere nachfolgend dargestellten Grundüberzeugungen, auf denen die Arbeit von econsense basiert. In den anschließenden vier Kapiteln sprechen wir an, welcher Ordnungsrahmen und welche Grundwerte Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung sind. Zudem möchten wir inhaltliche Positionen zur Diskussion stellen. Die Fragen betreffen sowohl unsere Verantwortungsbereiche als Wirtschaft, als auch die der Politik. Mit diesem Beitrag wollen wir Interessierte aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zur Diskussion einladen.

II. Unsere Grundüberzeugungen

Nachhaltig denken heißt vernetzt denken

Zentrale Aussage des Nachhaltigkeitskonzeptes ist die vernetzte Betrachtung der drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft. Nachhaltige Entwicklung stellt für uns ein offenes Leitbild dar, einen stetigen Prozess, in dem es auf die kontinuierliche Suche nach dem Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Interessen ankommt. Alle Parameter stehen in einem komplexen Spannungsfeld und entwickeln sich – auch unabhängig voneinander – stetig weiter. Diese Vernetzung zu erfassen und bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen, ist der Dreh- und Angelpunkt eines Nachhaltigkeitskonzeptes.

Gerade in Deutschland wird häufig der Umweltschutz alter Prägung unter dem neuen Begriff Nachhaltigkeit „verkauft“. Zwar ist der Umgang mit den natürlichen Ressourcen einer der entscheidenden Faktoren der Nachhaltigkeit. Es kommt jedoch ebenso auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Stabilität an.

Innovation durch verlässliche Rahmenbedingungen

Innovationen und eine kontinuierliche Optimierung bestehender Systeme ermöglichen im Grundsatz Stabilität, Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Vorrangige Aufgabe der Politik ist es aus unserer Sicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl ökonomische, ökologische als auch gesellschaftspolitische Innovation ermöglichen und fördern. Unternehmen können die Politik dabei auf vielen Handlungsfeldern kompetent unterstützen und tun dies bereits, sei es zum Beispiel durch Bildungsinitiativen, moderne Arbeitszeitmodelle oder durch Weiterentwicklung von Umwelttechnologien.

Um den komplexen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu begegnen, muss Nachhaltigkeitspolitik über ordnungs- und steuerrechtliche Ansätze hinaus konzeptionelle Alternativen bieten. Dies ist umso notwendiger, als sich die politische Aufgabenstellung in den letzten Jahren völlig gewandelt hat: Herausforderungen wie die Klimaproblematik oder Armutsbekämpfung können nicht allein mit Grenzwerten und Verboten gelöst werden, sondern nur dann, wenn sie als Optimierungsaufgabe aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit begriffen werden.

Freiheit zum Wettbewerb sichern

Freier Wettbewerb in unternehmerischer Verantwortung ist ein wichtiger Garant für eine nachhaltige Entwicklung. Er verdient es, mit allen Kräften unterstützt zu werden: Durch Deregulierung und Flexibilisierung, wo immer dies möglich ist.

Der Wettbewerb erscheint manchem als nachhaltigkeitsgefährdender Faktor, weil das Streben nach Profitabilität oft als vermeintlicher Gegensatz zu sozialer und ökologischer Verantwortung gesehen wird. Doch der Wettbewerb als Innovationsmotor ist unverzichtbar. So hat er in Ökonomie und Technologie entscheidend zur kontinuierlichen Verbesserung der ökologischen Bedingungen beigetragen. Wir brauchen Freiheit für konkurrierende Lösungsansätze, damit sich die besten Lösungen herausstellen können. Dies gilt aus unserer Sicht für verschiedenste Bereiche. So können im Bereich öffentlicher Dienstleistungen die Vorteile des Wettbewerbes durch Privatisierung genutzt werden, wie die Erfolge bei der fortschreitenden Privatisierung im Post-, Telekommunikations- und Verkehrsbereich zeigen.

Eigenverantwortung stärken – Verantwortung zuteilen

Nachhaltigkeit ist „eine Sache aller“. Eine gute Arbeitsteilung mit klaren Zuweisungen von Verantwortungsbereichen sehen wir als Basis für den Erfolg. Nur so können die Beiträge aller gesellschaftlichen Gruppen und Bürger optimal genutzt werden. Hierzu müssen wir nicht nur in der Politik umdenken, sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft. Es gilt vor allem, Eigenverantwortung und Eigeninitiative durch entsprechende Anreize zu stärken, um den Staat zu entlasten. Denn weniger Staatsanteil, weniger Staatsschulden und weniger Staatskonsum erlauben mehr Investition und damit auch mehr Zukunftsorientierung.

Bürger und Unternehmen können dem Staat einen Teil der Verantwortung abnehmen, sofern dieser die langfristigen Zielsetzungen festgelegt hat: Denn Verantwortungsbewusstsein gegenüber Gesellschaft und Umwelt sowie der Mut, außergewöhnliche Lösungen zu wählen, ist in der Gesellschaft und in den Unternehmen vorhanden. Viele Beispiele zeigen dies. Wir sind überzeugt, daß es sich für Politik wie Wirtschaft gleichermaßen auszahlen wird, eine Vielfalt an Lösungswegen zum gemeinsamen Ziel zuzulassen. Wir müssen jedoch gleichzeitig gewährleisten, dass neue Pflichten für Bürger oder Unternehmen auch mit einer Entlastung verbunden sind, vor allem durch Senkung von Steuern und Abgaben.

Dabei muss gewährleistet bleiben, dass der Staat über eine solide Staatsfinanzierung verfügt, um seinen Kernaufgaben auch gerecht werden zu können. Es ist ein Herzstück der Nachhaltigkeit, den kommenden Generationen mehr Werte als Lasten zu hinterlassen.

Transparenz schaffen - Kompetenzen bündeln

Jeder Einzelne kann zu nachhaltiger Entwicklung beitragen, wenn er über seinen eigenen Tätigkeitsbereich hinausdenkt, externe Kompetenzen nutzt und im Gegenzug Wissen zur Verfügung stellt. Auch Entscheidungsträgern stellt sich immer mehr die Aufgabe, ein möglichst hohes Maß an externer Kompetenz einzubeziehen, Kreativität der Einzelnen optimal zu nutzen und Konzepte sowie Entscheidungen transparent zu machen.

Zur Lösung der komplexen Sachverhalte, denen sich sowohl Politik als auch Wirtschaft heute gegenübersehen, kann die Kompetenz einzelner Gruppen nicht ausgeklammert werden. Unternehmen verfügen über hohe Kompetenz zur Problemlösung in verschiedenen Bereichen, die sie auch aktiv in die Nachhaltigkeitsdebatte einbringen. Dabei ist es wichtig, dass freiwillige Maßnahmen und Konzepte der Wirtschaft nicht nur als willkommenes Extra, sondern auch als mögliche konzeptionelle politische Alternativen verstanden werden.

Lösungen hinterfragen – tragfähige Kompromisse suchen

Kritische Distanz auch gegenüber eigenen Konzepten zu bewahren, sie zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren, ist für uns zentraler Bestandteil nachhaltigen Denkens. Nur wenn diese Konzepte von möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren als Lösung akzeptiert werden können, sind sie auch tatsächlich gesellschaftlich tragfähig. Verantwortlichkeiten und Kosten werden dann nicht auf Einzelne abgewälzt oder einzelne Akteure zu besonderen Leistungen verpflichtet, sondern jeweils auf die Gesellschaft verteilt.

Wir werden gegenüber der Politik auf die Entwicklung und Umsetzung solch tragfähiger Konzepte hinwirken, ohne das Primat der Politik in Frage zu stellen.

III. Thesen

1. Globale Märkte – Globale Vernetzung

Je mehr Menschen sich am Wettbewerb um die besten Ideen, Konzepte und Produkte beteiligen, desto größer der Nutzen für die Nachhaltigkeit. Dies ist letztlich die Ratio der Globalisierung. Dennoch löst der Prozess der Globalisierung oft Ängste aus – Ängste, die sich in friedlichem, teilweise aber auch gewalttätigem Protest bei internationalen Gipfeltreffen ausdrücken.

Wettbewerb ist mit einem ständigen Strukturwandel verbunden. Die andauernde Um- und Neuverteilung von Chancen im Globalisierungsprozess ist eine immense Herausforderung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Das Konfliktpotenzial wurde bei der WTO-Ministerrunde in Doha und zuletzt auf dem Johannesburger Nachhaltigkeits-Gipfel der UNO 2002 allenthalben sichtbar. Der weltweit steigende Wohlstand, der an sich zur Sicherung des sozialen Friedens beitragen könnte, verschärft überdies die Auseinandersetzungen um die Nutzung vorhandener Ressourcen und den zulässigen Umweltverbrauch. Wenn durch internationalen Handel, Direktinvestitionen oder Tourismus verschiedene Kulturen unvermittelt aufeinander stoßen, sind schließlich auch weltanschauliche oder religiös begründete Konflikte möglich.

Eine elementare Voraussetzung für die Wahrnehmung der in der internationalen Arbeitsteilung begründeten Chancen sind effektive und effiziente Mobilitätssysteme. Das gilt für den Personen- und Güterverkehr ebenso wie für die Wissens- und Informationsströme. Mobilität ist ein Ausdruck menschlichen Freiheitsstrebens und zugleich Bedingung wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Wirtschaften ist untrennbar verbunden mit nachhaltiger Mobilität auf allen Ebenen: von lokal über regional bis zu transnational. Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen, Infrastrukturmaßnahmen und mögliche Klimaeinflüsse verweisen auf den komplexen Zusammenhang von Mobilität und Ökologie. Auch die gesellschaftspolitische Bedeutung der Mobilität liegt auf der Hand. Zwischen allseits mobilem Weltbürgertum und dem Bedürfnis nach lokaler Verwurzelung besteht ein Spannungsverhältnis. So ist noch längst nicht ausgemacht, wie viel Mobilität die sozialen Bindekräfte eigentlich vertragen oder wie soziale Sicherungssysteme womöglich angepasst werden müssen.

Global Players – Global Partners: Märkte öffnen, Entwicklung fördern

Nachhaltigkeit bedarf des globalen Wettbewerbs auf Basis internationaler Fairness. In diesem Wettbewerb brauchen wir grundsätzlich die gleichen Spielregeln für alle. Das gilt insbesondere für den freien Zugang zu den Märkten.

Dort, wo es noch nicht geschehen ist, müssen besonders die Industrienationen glaubhaft für eine faire Globalisierung eintreten, indem Marktschranken, auch in den sensiblen Bereichen wie zum Beispiel der Landwirtschaft, sukzessive beseitigt werden. Freihandel ist die effizienteste Entwicklungshilfe. Eine durch Freihandel ermöglichte Bekämpfung der weltweiten Armut und die Schaffung von mehr Wohlstand in Entwicklungsländern ist unverzichtbar für die Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt.

Die Wahrnehmung gemeinsamer globaler Interessen erfordert neue, transstaatliche Mechanismen und Institutionen der Zusammenarbeit. Die WTO bietet dafür eine zentrale Plattform. Die zügige Weiterentwicklung ihrer Regeln unterstützen wir.

Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass Handel und Investitionen nicht nur den wirtschaftlichen Wohlstand fördern, sondern im gleichen Zuge häufig auch einen höheren Menschenrechtsstandard und mehr Umweltschutz gewährleisten.

Unternehmen leisten durch ihr enormes Auslandsengagement einen unverzichtbaren Beitrag zu Entwicklung und weltweiter Armutsbekämpfung.

Im Jahr 2001 flossen 30 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen in Entwicklungsländer. Multinationale Unternehmen bringen mit ihren Auslandsinvestitionen Kapital, Wissen und Managementfähigkeiten in die Gastländer, die dieses Know-how dringend benötigen. Auch werden Umwelt- und Sozialstandards durch das Engagement ausländischer Unternehmen kontinuierlich weiterentwickelt.

Dass Regeln für Auslandsdirektinvestitionen zur internationalen Fairness gehören, versteht sich dabei von selbst. OECD-Guidelines und Verhaltensmaßstäbe der Unternehmen setzen hier bereits Standards.

Freiwillige Selbstverpflichtungen sehen wir auch in diesem Zusammenhang als ein geeigneteres Instrument als gesetzliche Regulierung. Denn mit freiwilligen Selbstverpflichtungen ist es sehr viel leichter, differenziert auf die spezifischen Bedingungen in den Unternehmen aber auch an den jeweiligen Standorten einzugehen.

Privatwirtschaftliche Vereinbarungen und Entwicklungspartnerschaften spielen für eine nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle, um Maßnahmen der Regierungen zu unterstützen und zu konkretisieren.

Aktionsprogramme wie die politische Erklärung von Johannesburg 2002 betonen, dass Regierungen die vielfältigen Zukunftsaufgaben nicht allein bewältigen können, sondern in hohem Maß auf die Kreativität und Dynamik des privatwirtschaftlichen Engagements angewiesen sind. Gesellschaft und Nachhaltigkeit profitieren vom Gestaltungsspielraum der Unternehmen und ihrer Partner.

Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Gruppen (NGOs) müssen neue Wege der Kooperation entwickeln.

Das Know-how und die Netzwerke aller Partner sollten genutzt werden, gemeinsame Ziele einer nachhaltigen Entwicklung zu finden und die komplexen Fragen und Herausforderungen anzugehen. Dabei sind Transparenz und Aufbau von Vertrauen im Umgang miteinander und schließlich gemeinsames Handeln Voraussetzung für das Gelingen des Prozesses.

Es liegt im Interesse der Industrieländer, die Entwicklungs- und Schwellenländer dabei zu unterstützen, ihre Entwicklung ökologisch so verträglich wie möglich zu gestalten.

Dazu zählen Technologietransfer und Unterstützung bei Anwendung von Innovationen. Vorrangiges Ziel muss sein, den Umgang mit Ressourcen so effizient wie möglich zu gestalten, um den zunehmenden Verbrauch stetig wachsender Bevölkerungen und Volkswirtschaften umweltverträglich zu ermöglichen.

Mobilität: Internationale Märkte fordern weltweite Vernetzung

"Mobil sein" spielt eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft – es ist die Basis globalen Wettbewerbs und globaler Verständigung.

Unser Arbeitsleben und unsere Freizeit verlangen Mobilität. Berufliche Flexibilität ist geradezu das Kennzeichen einer modernen Gesellschaft. Mobilität wirft jedoch zugleich ökologische Fragen auf und stellt das Bedürfnis nach sozialen Bindungen an Partner, Kinder, Familie oder lokale Gemeinschaften auf die Probe. Ein angemessenes Management solcher Zielkonflikte erfordert nicht nur die Integration von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, sondern auch neue Konzepte einer nachhaltigen Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Regionale Mobilitätsansprüche für eine flexible individuelle Optimierung müssen mit der Planung von Raum- und Siedlungsstrukturen verknüpft werden.

Zwischen dem Wunsch und der Notwendigkeit wachsender Mobilität einerseits und dem Erfordernis ökologischer Nachhaltigkeit andererseits besteht ein Spannungsverhältnis. Zur Lösung dieses Zielkonfliktes bedarf es Effizienzsteigerungen, aber auch neuer Verkehrskonzepte.

Dabei sollten die Systemstärken der einzelnen Verkehrsträger konsequent genutzt und Vernetzung und Wettbewerb der einzelnen Verkehrsträger gestärkt werden. Entscheidend wird sein, dass dies in einer sachgerechten Weise und nach weltweit vergleichbaren Maßstäben für alle relevanten Verkehrsträger geschieht, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Dies erfordert ausgewogenes Handeln und den Dialog mit den Betroffenen.

Wir müssen Lösungen finden, wie Kosten durch Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahmen auf einzelne Verkehrsträger entsprechend der Verursachung umgelegt werden können. Dabei muss zum einen gewährleistet werden, dass Preissysteme nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten führen oder Einzelne gar von der Mobilität ausgeschlossen werden. Zum anderen müssen die Einnahmen der öffentlichen Hand durch die Verkehrsträger und die öffentlichen Investitionen in die jeweiligen Verkehrssysteme berücksichtigt werden.

Wir forcieren als Unternehmen Effizienzsteigerungen durch die Optimierung von Antriebssystemen und die Entwicklung neuer Verkehrstechnologien sowie neuer Kraftstoffe. Von einer nachhaltigen Verkehrspolitik erwarten wir, dass sie den Wettbewerb der vielfältigen Technologien ermöglicht. Sie sollte Ziele statt Wege vorgeben.

Die Weiterentwicklung der Antriebstechnologien ist vordringlich. In den modernen Verbrennungsmotoren steckt noch erhebliches Effizienzpotenzial. Um es zu nutzen, bedarf es einer Weiterentwicklung von Kraftstoffen. Ziel ist die Minderung der Partikel-, der NO_x- und der CO₂-Emissionen. Die Brücke zur CO₂-Neutralität lässt sich mit regenerativen Kraftstoffen und – in Perspektive – der Brennstoffzelle bauen. Bei allen Systemen bis hin zur wasserstoffoder methanolbetriebenen Brennstoffzelle ist jedoch eine „well-to-wheel“-Betrachtung angezeigt – nur eine Analyse der gesamten Prozesskette kann Aufschluss darüber geben, was ökologisch sinnvoll und politisch förderungswürdig ist.

Der nach allen Prognosen national wie international wachsende Personen- und Güterverkehr hat eine wichtige Bedeutung für die Perspektiven der Umwelt- und Klimaschutzpolitik.

Dabei geht es um Fragen des Flächenkonsums und des Naturschutzes ebenso wie um den Ressourcenverbrauch und die Treibhausgasemissionen. Die Verkehrsbranche hat die Herausforderungen seit langem angenommen. In verschiedenen Bereichen konnte in den Industrienationen bereits eine Entkopplung zwischen Verkehrswachstum und Auswirkungen auf Umwelt und Klima erreicht werden. So konnten durch technischen Fortschritt Schadstoffemissionen deutlich verringert oder eliminiert werden.

Die spezifischen CO₂-Emissionen des landgebundenen Verkehrs in Deutschland wurden trotz erhöhten Aufkommens deutlich gemindert. Vom Jahr 2000 an sind erstmals seit 1990 auch die absoluten Emissionen rückläufig.

Klimaschutz und Lebensqualität gebieten es, diesen Trend auch auf die spezifischen CO₂-Emissionen in Entwicklungsländern auszuweiten und die Entwicklung ressourcen- sowie klimaschonender Verkehrskonzepte und Technologien weltweit nach Kräften zu fördern. Anderenfalls werden die durch technische Innovationen erzielten Erfolge in Sachen Ressourcenschonung und CO₂-Emissionsminderung durch die in Schwellen- und Entwicklungsländern forciert voranschreitende Motorisierung überkompensiert.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben arbeiten wir mit der Politik bei der Konzipierung intermodaler Verkehrskonzepte zwischen Straße, Schiene, Luft und Wasser zusammen und suchen gemeinsam nach neuen Formen der Kooperation.

Gerade durch Partnerschaften und Allianzen kann die notwendige gesellschaftliche Kompetenz zur Lösung schwieriger Probleme geschaffen werden. Intermodale Konzepte setzen vernünftige Kompromisse voraus, die nur im Miteinander von Verkehrsindustrie und -dienstleistern erzielt werden können. Der Ausbau moderner Logistiksysteme muss beschleunigt werden, um den verfügbaren Verkehrsraum optimal zu nutzen. Deutschland muss auch seine Investitionen in eine moderne Infrastruktur, den öffentlichen Nahverkehr etwa, erhöhen. Gerade hier sollte sich durch mehr Serviceorientierung und ein für Verbraucher attraktives Preisgefüge die Akzeptanz weiter steigern lassen. Die dafür notwendigen Investitionen können jedoch nicht nur von Unternehmen geleistet werden.

Zur weltweiten Vernetzung trägt jedoch nicht allein physischer Verkehr bei. Die Nutzung transparenter und für alle zugänglicher Daten- und Informationsströme durch Telekommunikation gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Neue Medien erlauben Informationsverarbeitung und -austausch ohne Standortwechsel. Diese bieten große Chancen, die Ressourceneffizienz zu steigern, aber auch neue Arbeitsformen zu entwickeln. Durch virtuelle Unternehmen und die Kooperation von Fachleuten über große Entfernungen entstehen zudem neue Formen wertschöpfender Arbeit.

Für Unternehmen wie öffentliche Körperschaften enthält die Weiterentwicklung von IT-Technologien in Form von e-commerce, e-banking oder e-government großes Potenzial.

e-consense-Unternehmen werden dabei weiter konkrete Lösungen erarbeiten und anbieten. Durch e-government etwa wird dem Bürger der Gang zur Behörde erspart. Gleichzeitig kann die Kommune Einsparungen realisieren und den Bediensteten flexiblere Arbeitsbedingungen anbieten. Wo der Verzicht auf persönlichen Kontakt nicht nachteilig ist, wird IT-Technologie schon heute zur Reduktion von Kosten und zur effizienteren Nutzung von Arbeitszeit eingesetzt – die wachsende Zahl von Audio- und Videokonferenzen ist ein Beispiel.

2. Umwelt – natürliche Lebensgrundlagen sichern

Eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft hat die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zur Voraussetzung. Eine intakte Umwelt ist ebenso prägend für die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsraumes wie Bildung, Motivation und Innovationskraft. Unerlässliche Wege dorthin sind politische wie soziale Verantwortung und vorausschauendes Handeln.

Die Agenda 21 sieht in der Energie „einen der bedeutendsten Faktoren für eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Verbesserung der Lebensqualität“. Künftig muss den annähernd zwei Milliarden Menschen, die auch heute noch ohne Energieversorgung sind, eine Mindestversorgung ermöglicht werden. Gerade vor dem Hintergrund einer weiterhin wachsenden Weltbevölkerung darf dies nicht an den vorhandenen Ressourcen scheitern.

Die erforderliche Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, insbesondere Energieverbrauch, hat in den letzten Jahrzehnten bereits große Fortschritte gemacht. In zentralen Bereichen ist diese Entkopplung auch erreicht worden. Dieser sich verstärkende Prozess der Wohlstandsmehrung bei geringerem Ressourcenverbrauch vollzieht sich jedoch weitestgehend in den Industrienationen. Daher sind auf internationaler Ebene gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um allen Menschen die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern.

Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand sind direkt von natürlichen Ressourcen und intakten Ökosystemen abhängig. Aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber kommenden Generationen sollte der Umgang mit natürlichen Ressourcen auf eine langfristige Nutzung ausgerichtet sein und der Erhalt einer intakten Umwelt hohe Priorität haben.

Schon aus ökonomischen Ambitionen verfolgen wir als Unternehmen diese Ziele. Denn Ressourcen sind die Grundlage für Produktion und Dienstleistung. Sie werden als Rohstoffe oder Hilfsstoffe in der Produktion genutzt. Sie sind Grundlage für das Dienstleistungsgewerbe. Gerade im Bereich Biotechnik ist die biologische Vielfalt vielfach Ideengeber für Produkte. Der Handel mit Ressourcen oder die Ver- und Entsorgung sind heutzutage wichtige Wirtschaftszweige. Auch als Standortfaktor hat eine intakte Umwelt einen hohen Wert für Unternehmen.

Mit seiner Aufgabe, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, steht der Staat in übergeordneter Verantwortung. Denn eine intakte Umwelt hat ökonomischen, sozialen und politischen Nutzen. Grundsätzlich kann das wirtschaftliche Potenzial einer Volkswirtschaft nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Energie, sauberem Trinkwasser und Biodiversität langfristig gesichert ist.

Ein dieser Entwicklung entsprechendes politisches und wirtschaftliches Handeln aller Akteure ist eine herausfordernde Aufgabe. Eine umfassende Darstellung der Handlungsfelder und Gestaltungsmöglichkeiten geht über Umfang und Ziel dieses Diskussionspapiers hinaus. Wir wollen deshalb einzelne Handlungsfelder wie nachhaltige Energieproduktion und Energienutzung, Klimapolitik, Trinkwasser und Biodiversität herausgreifen.

Nachhaltige Energieproduktion und Energienutzung – gemeinsame Grundsätze für vielfältige Lösungen

Gewinnung, Umwandlung und Nutzung von Energie müssen umweltverträglich und wettbewerbsfähig erfolgen, damit wirtschaftliches Wachstum vor allem auch in Entwicklungsländern möglich wird. Wir sehen es als gemeinsame Aufgabe von Politik, Unternehmen und Stakeholdern an, eine diesem Anspruch genügende, tragfähige Energiepolitik unter Beachtung der national unterschiedlichen Ausstattung mit Energieressourcen und Optionen in einem ideologiefreien Dialog zu entwickeln und die gemeinsamen Ergebnisse verlässlich umzusetzen. Internationale Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz sind dabei zentrale Anforderungen an unsere nationale Energieversorgung.

Nachhaltige Energieproduktion und -nutzung erfordern eine innovative Politik mit drei Kernzielen: Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und Weiterentwicklung regenerativer Energien.

Zur weiteren Energieeinsparung können Haushalte und Unternehmen gleichermaßen beitragen. Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Anreize dafür zu schaffen. Auch die weitere Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch kann durch eine entsprechende Weiterentwicklung von Technologien vorangetrieben werden. In den letzten Jahrzehnten haben deutsche Unternehmen in allen Sektoren bereits überdurchschnittlich viel dazu beigetragen.

Ressourcenschonende und damit auch klimaschonende Energieerzeugung und -umwandlung können durch verbesserte Technologien und den additiven Einsatz regenerativer Energien erreicht werden. Letztere werden eine wachsende Bedeutung im Energiemix erhalten, denn sie erfüllen eine wichtige Brückenfunktion für die Verknüpfung von Klimaschutzzielen und wachsender Energienachfrage. Allerdings werden die regenerativen Energien in den nächsten Jahrzehnten nicht die fossilen Energien und Kernenergie ersetzen können – insbesondere nicht vor dem Hintergrund eines global ansteigenden Energiebedarfes. Zur weltweiten Energiebedarfsdeckung werden alle verfügbaren Energieträger benötigt. Auch die Substitution von primären Energieträgern durch sekundäre Brennstoffe wie Nebenprodukte oder Abfälle ist dabei zu berücksichtigen.

Auch mit Blick auf das gestiegene Verbraucherbewusstsein wollen wir die Erforschung, Entwicklung und Markteinführung von effizienteren Technologien zur Gewinnung von Energie, aber auch zu deren Transport und Nutzung, intensiv weiterverfolgen. Von Seiten der Politik benötigen wir dafür verlässliche Rahmenbedingungen und Anreize sowie eine langfristig angelegte staatliche Forschungsförderung. Sie sollte – immer auf der Grundlage von Wettbewerb – den besten technischen und wirtschaftlichen Lösungen zum Durchbruch verhelfen. Deutsche Unternehmen können sich dadurch auch in diesem Bereich international einen strategischen Wettbewerbsvorteil sichern.

Vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen und der weltweit wachsenden Energienachfrage sollte Kernenergienutzung als CO₂-neutrale Energiequelle neu diskutiert werden.

Die Risiken der Gewinnung von Primärenergie durch Kernspaltung können durch Ausbau bzw. Neubau von Kraftwerken nach neuestem Stand als beherrschbar bezeichnet werden. Dem steht allerdings neben der Frage der Lagerung atomarer Abfälle besonders die in den vergangenen Jahren stark gestiegene Besorgnis der Bevölkerung in bezug auf Terrorrisiken gegenüber.

"Konventionelle Energieträger" – heimische wie importierte - werden auch mittelfristig das Rückgrat unserer Energieversorgung bilden, auch wenn sie zunehmend durch erneuerbare Energieträger wie Windkraft, Biomasse, Geothermie oder Sonnenenergie ergänzt werden.

Eine deutliche Verringerung oder gar ein Verzicht auf Nutzung fossiler Energiequellen ist vor dem Hintergrund der zu erwartenden Verdopplung des weltweiten Strombedarfs bis 2030 nicht realistisch. Daher sollten wir die Weiterentwicklung von wettbewerbs- und zukunftsfähigen Technologien, wie zum Beispiel von Gas- und Dampfturbinentechnologie, Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen und Clean-Coal-Technologien vorantreiben. Dadurch können auch bei Verwendung fossiler Energieträger Treibhausgasemissionen in bedeutendem Ausmaß verringert werden.

Je nach Region muss ein spezifischer Energiemix gefunden werden, der ökonomisch rentabel und der Ressourcenausstattung und den klimatischen Gegebenheiten angemessen ist. Dabei sollte der Einsatz einzelner Komponenten nicht vorgegeben oder ausgeschlossen werden.

In Industrie- und vor allem in Schwellenländern müssen wir weiter intensiv an einer Erhöhung der Energieeffizienz arbeiten. Ebenso wollen wir Entwicklungs- und Schwellenländer – auch im Hinblick auf die Klimaschutzziele – durch adäquaten Technologietransfer bei der Deckung der steigenden Energienachfrage unterstützen. Deutsche Kraftwerke sind hinsichtlich Schadstoffemission und Energieeffizienz weltweit führend. Aus wirtschafts- wie umweltpolitischen Erwägungen erscheint es uns sinnvoll und notwendig, diesen Technologievorsprung auszubauen und den Technologietransfer in die Entwicklungs- und Schwellenländer zu unterstützen. Würden weltweit die technischen Standards deutscher Kraftwerke zur Anwendung kommen, so könnten die CO₂-Emissionen um etwa 1,8 Mrd. Tonnen reduziert werden.

Klimapolitik – eine internationale Herausforderung

Für einen Klimawandel gibt es zunehmende Anzeichen. Allerdings kann das genaue Ausmaß, in dem die durch Menschen verursachten Emissionen für den weltweiten Temperaturanstieg verantwortlich sind, bislang nicht bestimmt werden.

Das UN - Intergovernmental Panel on Climate Change, ein international besetztes Expertengremium, geht davon aus, dass die steigenden Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu einem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen führen werden und infolgedessen Klimaveränderungen unvermeidlich sind. Das Gremium weist auch auf die unvorhersehbaren Risiken einer plötzlichen regionalen Klimaänderung (Golfstrom) und die Verschiebung der Klimazonen hin.

Eine zielführende Klimapolitik muss daher in einem schlüssigen Konzept eine Vielzahl unterschiedlicher Strategien kombinieren und zugleich auf Eigenverantwortung von Bürgern und Unternehmen basieren. Sie muss einmal im Sinne des Vorsorgeprinzips auf globaler Ebene die Steigerung von Treibhausgasemissionen vermindern. Zum anderen muss sie Vorsorge für absehbaren Veränderungsbedarf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen treffen.

III. 2. Umwelt – natürliche Lebensgrundlagen sichern

Der Politik kommt dabei die Aufgabe zu, im internationalen Kontext klimapolitisch effektive und wirtschaftlich vertretbare Zielvorgaben festzulegen und eine zunächst zwischen den Industrieländern auf Basis des Kyoto-Protokolls abgestimmte verlässliche Strategie zu formulieren.

Trotz der noch bestehenden Unsicherheiten mehren sich die Anzeichen, dass die Kosten des Unterlassens, etwa in Form immenser wirtschaftlicher Schäden durch Wetterkatastrophen, höher sind als die Kosten effizienten Handelns. Schon die ökonomische Rationalität legt deshalb vorsorgliches Handeln nahe. Maßnahmen müssen dort beginnen, wo ein hoher Klimaschutzeffekt zu niedrigen Kosten, d.h. mit geringen Einbußen bei anderen gesellschaftlichen Zielen, zu erreichen ist. Diese Strategie muss als Prinzip einer zielgerichteten globalen Klimapolitik zur Anwendung kommen. Sie entspricht der Tatsache, dass die Regionen, die Investitionen zur Reduzierung der Treibhausgase vornehmen, nicht zwangsläufig identisch sind mit jenen Regionen, die hiervon profitieren – zum Beispiel durch Verhinderung oder Verringerung der andernfalls auftretenden Schäden.

Es liegt somit im Interesse eines global effizienten Klimaschutzes und zugleich auch im Interesse der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, wenn die Entwicklungsländer ebenfalls angemessene konkrete Verpflichtungen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen auf der Basis von mit Industrieländern vergleichbaren Effizienzstandards übernehmen. Zudem sollten sie verlässliche und günstige Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen zum Aufbau einer nachhaltigen Infra- und Wirtschaftsstruktur schaffen. Hier ist insbesondere die internationale Klimapolitik gefragt, ab 2012 (Ende der ersten Kyoto-Periode) realistische und effektive Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Gleichheitsprinzip nicht verletzen.

Die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz kann durchaus Wettbewerbsvorteile für die Wirtschaft bringen. Es ist jedoch darauf zu achten, dass mit den ohnehin knappen Ressourcen, die unsere Volkswirtschaft dringend benötigt, sorgfältig umgegangen wird. Ein Forcieren der Vorreiterrolle macht nur dann Sinn, wenn es nicht einzelnen Wirtschaftszweigen und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit schadet.

Klimaschutz und die zur Erreichung eingesetzten Instrumente müssen international verbindlich vereinbart sein.

Bei der Ausgestaltung der Instrumente müssen die Vorleistungen der Wirtschaft anerkannt werden. Dabei dürfen die besonderen Lasten Deutschlands, das drei Viertel der von der EU zu erbringenden Reduzierungsleistungen im Rahmen des „Burden Sharings“ übernommen hat, nicht einseitig und nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhoben werden. Die mit der Anwendung der Kyoto-Instrumente erhofften Effizienzpotenziale können nur ausgeschöpft werden, wenn die Unternehmen die Vorteile eines globalen liquiden Kohlenstoffmarktes ohne benachteiligende Erstausrüstung mit CO₂-Zertifikaten und ohne einengende bürokratische Regulierungen und Auflagen nutzen können. Politisch vorgegebene ehrgeizige Ziele verlangen nach entsprechenden anreizorientierten und leistungssteigernden Instrumenten. Innovatoren in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft müssen gefördert und ihre Lösungen für einen wirksamen Klimaschutz nutzbar gemacht werden.

Reduktionen des Treibhausgas-Ausstoßes durch die im Kyoto-Protokoll vereinbarten marktbasierenden Instrumente – zum Beispiel den globalen und offenen Emissionshandel oder Unterstützung des Technologietransfers durch die Instrumente Joint Implementation und Clean Development Mechanism – sehen wir als einen gangbaren Weg.

Im Rahmen der Klimapolitik muss zudem bereits heute begonnen werden, mögliche klimatische Veränderungen und ihre Auswirkungen abzuschätzen und die Gesellschaft umfassend darauf vorzubereiten.

In das Portfolio einer rationalen Klimapolitik gehört nicht nur Vorsorge, sondern auch Nachsorge. Im Mittelpunkt muss dabei die Weiterentwicklung von Technologien stehen, die entweder Klimaveränderungen erkennen bzw. negative Implikationen abmildern. Im Zusammenhang mit Flutkatastrophen zum Beispiel, die zum Teil mit klimatischen Veränderungen begründet werden können, muss Klimaschutz mit einem ganzheitlichen Landschaftsnutzungskonzept verbunden werden.

Trinkwasser und Biodiversität – Ressourcen schonen

Am Beispiel Trinkwasser zeigt sich, dass Knappheit lebenswichtiger Ressourcen und Bevölkerungszuwachs Ursachen für politische Instabilität sein können und wirtschaftliche Entwicklung hemmen.

Die Versorgung mit sauberem und ausreichendem Trinkwasser sicherzustellen, stellt weltweit eine der größten ökologischen und sozialen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Bereits heute zeichnen sich die politischen Auswirkungen von Wasserverknappung gerade in Regionen mit starkem Bevölkerungszuwachs ab. Beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg wurde das Ziel gesetzt, bis 2015 die Zahl der Menschen, die heute ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind, zu halbieren.

Die Auswirkung von mangelndem Trinkwasser und schlechten hygienischen Bedingungen auf die Lebensbedingungen und Nahrungsmittelversorgung ganzer Regionen ist beträchtlich. Dies behindert die wirtschaftliche Entwicklung, ist häufig eine der Ursachen für politische Instabilität und macht es Unternehmen schwer, sich dort mit Investitionen zu engagieren. Wir als Global Player sind bei unserem unternehmerischen Engagement auf soziale und politische Stabilität angewiesen, was zum Beispiel ohne Lösung des Wasserversorgungsproblems nicht realisiert werden kann. Schon allein aus diesem Grund, aber auch entsprechend unserem Verständnis von Corporate Citizenship an unseren internationalen Standorten, wollen wir die nationale und internationale Politik bei der Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels nach Kräften unterstützen. Technische und logistische Möglichkeiten sind ebenso vorhanden wie auch die Bereitschaft vieler Unternehmen, sich zu engagieren. Bereits jetzt bieten gerade kleine/mittelständische Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen für viele Teilbereiche an.

Hier wird es darauf ankommen, dass beim Aufbau einer Versorgungsstruktur eine Versorgung der gesamten Bevölkerung zu sozial ausgewogenen Kosten erreicht wird und gleichzeitig für Unternehmen Investitionssicherheit gegeben ist.

Hier sind die nationale Politik aber auch die Regierungen der Partnerländer gefragt. Partnerschaften im Sinne von „Public Private Partnerships“ zwischen Regierungen, Stakeholdergruppen und privaten Wasserversorgern bieten teilweise interessantes Potenzial.

Biodiversität betrachten wir als wesentliche ökonomische Ressource.

Pflanzen und Tiere sind nicht nur Futter- und Nahrungsmittel, sondern liefern uns auch Rohstoffe für Arzneimittel und chemische Produkte. Gleichzeitig sind sie Basis für biogene Brennstoffe. Zudem finden Wissenschaftler und Ingenieure in der Biosphäre wertvolle Ideen für

III. 2. Umwelt – natürliche Lebensgrundlagen sichern

die Gestaltung neuer Produkte. Darüber hinaus sind die Chancen zu sehen, die sich im Dienstleistungssektor bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und der Entsorgung derselben ergeben.

Durch die rasanten Entwicklungen gerade im Bereich der Biowissenschaften ergibt sich eine Vielzahl verbesserter Möglichkeiten, das Potenzial der Biodiversität zu nutzen. Als Unternehmen wollen wir dazu beitragen, dass dies auf ethisch verantwortungsvolle Weise und im Sinne einer langfristigen Erhaltung geschieht.

Von Seiten der Politik benötigen wir hierzu praktikable und international gültige Regeln, um ein langfristig orientiertes Handeln anzustoßen. So hat zum Beispiel der Bedarf an internationalen Regelungen für die Berücksichtigung geistigen Eigentums der eingeborenen Bevölkerung gerade im Bereich Biotechnologie zugenommen. Zum einen ist dies eine Frage sozialer Gerechtigkeit, zum anderen benötigen Unternehmen aber auch auf diesem Gebiet Investitionssicherheit.

Biodiversität und intakte Umwelt sind internationale Gemeingüter.

Die Volkswirtschaft eines Landes, welches Ressourcen zur Verfügung stellt, muss an dem wirtschaftlichen Nutzen beteiligt werden. Linderung von Armut und Bereinigung wirtschaftlicher Probleme durch kurzfristige Gewinnerzielung, durch „Ausverkauf“ natürlicher Ressourcen, wird einer langfristig positiven wirtschaftlichen Entwicklung die Grundlagen entziehen.

Hierbei ergeben sich teilweise massive Zielkonflikte. Denn das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand steht nicht selten im Widerstreit mit der Verantwortung, das Potenzial der Biodiversität auch für kommende Generationen zu erhalten. So können beispielsweise zwischen Infrastrukturprojekten und dem Schutz der Biodiversität Zielkonflikte entstehen.

Diese müssen sowohl unter entwicklungs- als auch wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten im Rahmen von international verbindlichen Richtlinien gelöst werden. Ohne diese werden sich Unternehmen nicht an Projekten beteiligen können, die für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung erforderlich sind.

Der Erhalt von Biodiversität und wirtschaftliches Wachstum können sich durchaus bedingen. Der starke Anstieg der Weltbevölkerung, verbunden mit geringer industrieller Entwicklung und großer Abhängigkeit von landwirtschaftlicher Produktion, ist gerade in Entwicklungsländern zurzeit ein Grund für die rapide Abnahme der Biodiversität.

Besonders gravierend ist dies in Regionen der tropischen Regenwälder, in denen kurz anhaltende Produktivität der Böden und der Einsatz falscher Produktionsmethoden zur Erschließung immer neuer Flächen (großflächige Abholzung) führen.

Da gerade aber diese Länder meist den größten Anteil an wirtschaftlich nutzbarem biologischem Potenzial haben, wird deutlich, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung entscheidend zum Artenschutz beitragen kann. Durch internationale Regelungen müssen wir als Unternehmen gemeinsam mit der Politik erreichen, dass sich ein verantwortungsvoller Umgang mit biologischem Potenzial als Mehrwert für Entwicklungsländer darstellt.

3. Demografie als Wirtschaftsfaktor – Chancen für die „Köpfe“ von heute und morgen eröffnen

Die demografische Entwicklung hat gravierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen. Unsere Fähigkeit, die demografischen Herausforderungen zu meistern, wird in den kommenden Jahrzehnten entscheidend für die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit Deutschlands sein.

Nach heutigen Prognosen führt die derzeitige demografische Entwicklung zu einer Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft – Deutschland ist hiervon unter den Industrienationen besonders betroffen. Deutschland wird daher zukünftig für die Nachwuchssicherung höhere Ressourcen bereit stellen müssen, als in den letzten Jahrzehnten: Zum einen müssen wir mit gezielten Maßnahmen der demografischen Entwicklung gegensteuern. Zum anderen gilt es, Gesellschaft und Wirtschaft für kommende Herausforderungen der demografischen Situation zu rüsten.

Wesentlicher Einflussfaktor für die Steigerung der Geburtenrate ist neben direkter finanzieller Unterstützung für Eltern die Möglichkeit, Kinder und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Die Betreuungssituation und die flexible Gestaltung von Arbeitszeiten müssen wesentlich verbessert werden. Allein durch Familienpolitik und Bildung lassen sich die Herausforderungen jedoch nicht meistern. Deutschland muss für inländische wie ausländische Arbeitskräfte ein attraktives Arbeits- und Lebensumfeld bieten. Wir brauchen Zuwanderung sowohl für unseren Arbeitsmarkt als auch für ein ausgewogenes Verhältnis der Generationen.

Ein Großteil der hier angesprochenen Herausforderungen fällt in die Verantwortung des Staates – als Unternehmen und somit als Teil unserer Gesellschaft wollen wir uns dennoch aktiv einbringen und Unterstützung und Lösungskompetenz anbieten.

Staatliche Sozialsysteme bezahlbar machen – Lasten gerecht verteilen

Unternehmen und ihre Beschäftigten tragen zum überwiegenden Teil die Lasten der anspruchsvollen staatlichen Sozialsysteme. Die Zahl der Leistungsempfänger steigt stetig; im gleichen Maße sinkt die Zahl der Leistungsträger. Auf Dauer wird eine schwach besetzte junge Generation die aus der Alterspyramide erwachsenden immer größeren finanziellen Belastungen nicht schultern können. Der Faktor Arbeit wird sich konsequenterweise verteuern, wenn nicht durch weitgehende Reformen gegengesteuert wird. Dies erfordert ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und eine Neudefinition des Solidarprinzips.

Arbeitsmarkt flexibilisieren – qualifizierte Arbeitskräfte binden

Allen Prognosen nach wird in naher Zukunft der Mangel an geeigneten ausgebildeten Fachkräften zu einem ernststen begrenzenden Faktor für Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit werden. Hier müssen wir ein Arbeitsumfeld und eine Bildungslandschaft schaffen, die zum einen Familie und Erwerbstätigkeit in Einklang bringen und zum anderen für deutsche wie für internationale Fachkräfte und kommende Eliten deutscher Bildungsinstitutionen attraktiv sind. Trotz der Diskussion um den drohenden Fachkräftemangel ist aktuell die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine der größten Herausforderungen.

Bildung und Ausbildung – Wohlstand durch Wissen erreichen

Wissen und Bildung bestimmen in hohem Maße über Zukunftsfähigkeit und Wohlstand eines Landes. Die Gesellschaft muss am Bedarf des Arbeitsmarktes orientierte, breit gebildete und leistungsstarke Mitarbeiter aus allen Altersgruppen "bereitstellen". Die Anforderungen der Arbeitswelt an den Einzelnen haben sich verändert. Staat und Unternehmen müssen dem Einzelnen die Möglichkeiten geben, sich kontinuierlich und fundiert entsprechend seiner Talente weiterzuentwickeln. Die Verantwortung für die Entwicklung und Nutzung seiner Talente liegt beim Einzelnen.

Staatliche Sozialsysteme bezahlbar machen – Lasten gerecht verteilen

„Sozial“ bedeutet in Bezug auf staatliche Sozialsysteme, Grundbedürfnisse zu sichern und Chancengleichheit zu gewährleisten. Sozialhilfe muss wieder diesem Grundsatz entsprechen und für Leistungsnehmer sowie Leistungsträger gleichermaßen vertretbar sein.

Die umfassende Absicherung des Bürgers durch den Staat ist vor dem Hintergrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung nicht mehr realisierbar. Dabei haben die Bürger ein Recht darauf, dass alle Leistungsempfänger nach Kräften zur Finanzierung der Sozialsysteme beitragen und nur notwendige Leistungen aus diesen in Anspruch nehmen.

Es bedarf eines Bewusstseinswandels sowie einer Neuordnung und Verschlinkung der staatlichen Sicherungssysteme und gesteigerter Entscheidungsfreiheiten für den Bürger. Als Arbeitgeber wollen wir diesen Bewusstseinswandel unterstützen. Denn auch die Wirtschaft ist von der weiten Auslegung des Solidaritätsprinzips massiv finanziell betroffen. Hauptsächlich wird es aber in der Hand des Staates liegen, wie sehr eigenverantwortliches Handeln gewünscht und gefördert wird.

Die Lasten für die soziale Sicherung müssen gleichmäßig verteilt werden. Den „Faktor Arbeit“ finanziell zu entlasten, sehen wir dabei als eine der dringlichsten Aufgaben.

Als Arbeitgeber sehen wir unsere Verpflichtung darin, ein wichtiges Standbein der sozialen Sicherung zu bleiben. Die bestehende übermäßige Belastung des Faktors Arbeit bringt jedoch Wettbewerbsnachteile für Unternehmen am Standort Deutschland, die diesem Ziel entgegenstehen. Zugleich werden bestehende und zukünftige Arbeitsplätze gefährdet.

Um unsere staatlichen Systeme zu erhalten, müssen wir für ein kinder- und elternfreundliches Umfeld in Wirtschaft und Gesellschaft sorgen.

Als Unternehmen wollen wir die staatlichen dahingehenden Bemühungen nach Kräften unterstützen. Bei steigenden Geburtenzahlen wird die finanzielle Last auf mehr Schultern verteilt und so langfristig auch eine Entlastung des Faktors Arbeit erreicht.

Wir sind uns bewusst, dass eine ausgewogene Work-Life-Balance, die eine Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit möglich macht, auch in unseren Unternehmen eine Bewusstseinsänderung voraussetzt: leistungsfähige Mitarbeiter zeichnen sich nicht allein durch hohe Arbeitszeit und durchgehende Verfügbarkeit am Arbeitsplatz aus, sondern insbesondere durch ihre erbrachte effiziente Leistung. In Deutschland hat sich dieser Wertewandel noch nicht durchgesetzt. Dabei bieten moderne Telekommunikationsmittel technisch schon heute die Möglichkeit kinder- und elternfreundlicher Arbeitsplätze (z. B. Telearbeit).

Gerade junge Frauen sehen derzeit durch Kinder ihre Teilnahme am Erwerbsleben, ihre berufliche Selbstverwirklichung und ihre soziale Absicherung gefährdet. Dies können sich Gesellschaft und Unternehmen mit Blick auf die niedrige Geburtenrate und mit Blick auf das nicht genutzte Know-how auf Dauer nicht leisten. Aus Studien ist bekannt, dass Frauen, denen die Fortsetzung ihrer Erwerbstätigkeit ermöglicht wird, mehr Kinder bekommen. Die Betreuung ist in Deutschland – auch im Vergleich mit dem europäischen Ausland – ein großer Schwachpunkt. Das Beispiel Frankreich (Steigerung der Geburtenrate auf 1,9; Deutschland 1,4) und andere europäische Beispiele zeigen, dass eine Politik der Vereinbarung von Familie und Beruf messbare Erfolge zeigt. Zur notwendigen Flexibilisierung der außerfamiliären Erziehung ist eine gravierende Verbesserung der Kinderbetreuungssituation nötig.

III. 3. Chancen für die „Köpfe“ von heute und morgen eröffnen

Unternehmen sollen hierbei auch einen Beitrag leisten. Dies kann zum Beispiel in Form von Kinderkrippen, von Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit oder zur Reintegration von Eltern nach einer Elternzeit sein. Unternehmen müssen darüber hinaus Konzepte entwickeln, die verhindern, dass Eltern aufgrund der Elternzeit Nachteile in ihrer Karriereentwicklung haben.

Der Beitrag von Eltern zur Solidargemeinschaft muss stärker honoriert werden.

Die Gestaltung der Beiträge zum Solidarsystem muss die finanziellen Belastungen von Eltern, die zusätzlich zu ihrem Rentenbeitrag mit ihren Kindern einen Beitrag zur staatlichen Altersversorgung leistet, honorieren. Damit wird nicht nur gesellschaftliche Gerechtigkeit hergestellt, sondern auch die finanzielle Belastung von Eltern gemindert. Dies wird sich auch positiv auf die Geburtenrate auswirken. Es ist allerdings zu betonen, dass finanzielle Anreize allein nicht ausreichend sein werden.

Das langfristig ausgerichtete staatliche System der Altersversorgung kann nicht „ad hoc“ umgestellt werden. Ziel eines ersten Reformschritts sollte jedoch sein, unabhängig von der sozialen Situation des Einzelnen, eine bezahlbare Grundsicherung zu gewährleisten. Die weitere Absicherung muss eigenverantwortlich erfolgen.

Lösungsansätze sehen wir in einer Kombination aus dem deutlichen Ausbau privater und betrieblicher Absicherung, dem Umlageprinzip und einer steuerfinanzierten Grundsicherung des Existenzminimums. Die gesamtwirtschaftliche Überlegenheit des Kapitaldeckungsverfahrens, vor allem unter den Bedingungen des demografischen Wandels, spricht für einen deutlichen Ausbau der ergänzenden, kapitalgedeckten Altersvorsorge in Deutschland. Der Staat wird durch eine umsichtige Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen müssen, dass die private Vorsorge des Einzelnen gesichert ist.

Ein weiteres Reformziel muss sein, die Lasten im Rentensystem wieder gerechter zu verteilen: Derzeitige Rentner sollten durch vertretbare Einschnitte bei aktuellen Rentenbezügen einen Beitrag leisten. Gleichzeitig müssen aktuelle Leistungsträger bereit sein, durch längere Lebensarbeitszeit mehr zum Sozialprodukt beizutragen.

Mit beiden Maßnahmen werden die Rentenkassen gleichzeitig entlastet und aufgefüllt. Eine Besteuerung der Renten kann für bestimmte Jahrgänge abgestuft werden, um zu vermeiden, dass Beitragszahler, die aus versteuertem Einkommen in das System einbezahlt haben, doppelt belastet werden. Trotz dieser Differenzierungsmöglichkeiten werden finanzielle Einschnitte nicht vermeidbar sein. Hier, wie bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Verschiebung der (faktischen und gesetzlichen) Altersgrenze, muss wieder fühlbar werden, was in der Anonymität untergegangen ist: Solidarität heißt, je nach Kräften aktiv dazu beizutragen, Probleme der Gesellschaft zu lösen. Als Unternehmen erklären wir uns auch bereit, ältere Arbeitnehmer länger zu beschäftigen.

Ein reformiertes und damit effizient gestaltetes Gesundheitssystem soll sicherstellen, dass die finanziellen Lasten einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung tragbar sind.

Handeln und finanzielle Verantwortung müssen beim Patienten zusammengeführt werden. Die Möglichkeit zu mehr Eigenvorsorge und Differenzierung, zum Beispiel durch ein System der Selbstbeteiligung der Versicherten an den Gesundheitsausgaben, würde ein neues Bewusstsein fördern. Dies wird auch mit einer Reduzierung des Krankenstands verbunden sein, der eine hohe Belastung für Unternehmen darstellt. Eine Neudiskussion der Gestaltung von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist vor diesem Hintergrund wünschenswert.

Arbeitsmarkt flexibilisieren - qualifizierte Arbeitskräfte binden

Zur dringend notwendigen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist ein stringentes Maßnahmenpaket notwendig, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze rentabel macht. Es ist Aufgabe der Politik, den Unternehmen Rahmenbedingungen zu bieten, die die Schaffung rentabler Arbeitsplätze ermöglichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland gewährleisten. Zentrale Herausforderung ist dabei, flexible Arbeitsformen zu fördern. Denn Arbeit schafft Wirtschaftswachstum, Kaufkraft und damit Wohlstand.

Arbeit muss sich für den Einzelnen wieder mehr lohnen als Erwerbslosigkeit. Es gilt, das Transfersystem neu auszurichten. Die Beachtung des Lohnabstandsgebots ist dabei zentral. Zumutbar und im Sinne eines funktionierenden Anreizsystems richtig und notwendig ist, dass für den Bezug von Sozialtransferleistungen angemessene Gegenleistungen für die Gesellschaft eingefordert werden dürfen.

Auch für die Unternehmen muss sich die Schaffung von Arbeitsplätzen bereits nach kurzer Zeit lohnen. Der Preis des Faktors Arbeit muss entsprechend reduziert werden. Mit Hilfe einer innovativen Wirtschaftspolitik – nicht zuletzt einer international konkurrenzfähigen Steuerpolitik – müssen Bedingungen für ein solides Wirtschaftswachstum geschaffen werden.

Im Rahmen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes müssen wir durch gezielte Vereinfachung des Arbeitsrechtes erreichen, dass Unternehmen auf ihre regionalspezifische und branchenspezifische Situation flexibler reagieren können.

Unverzichtbar ist dabei mehr Spielraum in der Lohnfindung und der Ausgestaltung von Arbeitsverträgen. Wir brauchen eine Lobby nicht nur für die „Insider“, die Arbeit haben, sondern auch für die „Outsider“, die im jetzigen System von ihr abgeschnitten werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist zu teuer und zu stark reguliert.

Jeder Einzelne muss bewusst die Verantwortung übernehmen, sich entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes möglichst breit und flexibel zu qualifizieren.

Dazu ist die grundsätzliche Bereitschaft von Arbeitnehmern notwendig, sich über das Gefüge klassischer Berufsbilder hinaus auf die sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes einzustellen. Das Denken in klassischen, statischen Berufsbildern spielt heute noch eine große Rolle. Der heutige Arbeitsmarkt ist dafür jedoch zu wechselhaft. Dabei hat jeder als Mitglied der Gesellschaft die Verpflichtung, entsprechend seiner Talente und Qualifikationen zu Wertschöpfung und Wohlstand beizutragen. Lernen in Eigenverantwortung nach Talent und Interesse, also „Qualifikation nach Talenten“, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Grundvoraussetzung dafür ist eine breit angelegte Grundausbildung. Diese muss durch einheitliche und hohe Qualitätsstandards an Schulen und Universitäten gewährleistet werden. Als Unternehmen fördern wir das private Engagement zum Beispiel durch Zugang zu modernen e-learning Angeboten.

Das System der Arbeitslosenversicherung ist in der derzeitigen Form nicht mehr vertretbar.

Statt staatlicher Rundumsicherung erscheint es langfristig sinnvoller, in die Schaffung von Arbeitsplätzen zu investieren. Eine Grundsicherung in Form der Sozialhilfe muss der Staat im Sinne des Solidarprinzips sicherstellen. Auch ein „Überbrückungsgeld“ bei Berufswechsel ist im Hinblick auf die gewünschte Flexibilität der Arbeitnehmer zielführend.

Im Hinblick auf eine effiziente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen die Weichen für einen Niedriglohnsektor gestellt werden. Unternehmen muss die Möglichkeit gegeben

Iwerden, das gesamte Beschäftigungspotenzial auf der Angebots- und Nachfrageseite auszuschöpfen.

Denn Arbeitslose mit geringer beruflicher Qualifikation sind die größte Problemgruppe des Arbeitsmarktes. Dies zeigt auch der Blick auf unsere europäischen Partner. Für diese Menschen ist es wichtig, dass sie zu zumutbaren Konditionen in den Erwerbsprozess integriert werden können. Die Stärkung des Niedriglohnssektors entbindet indes weder den Staat noch die Unternehmen von dem Erfordernis, die Profile von Arbeitslosen durch Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt an Anforderungen der Unternehmen anzupassen.

In seiner gesamten Arbeitsmarktpolitik kann und darf sich Deutschland nicht von den weltweiten Arbeitsmärkten abkoppeln.

Die deutsche Wirtschaft ist bereits heute auf die Arbeitskraft von Menschen aus anderen Ländern angewiesen. Deutschland für internationale Eliten als Studien- und Arbeitsstandort attraktiv zu gestalten, ist eine zentrale Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gesteuerte Zuwanderung muss als Chance begriffen werden. Die Integration ausländischer Mitbürger stellt daher eine politische und gesellschaftliche Aufgabe von hoher Priorität dar. Damit verbunden sind auch hohe Erwartungen an den Integrationswillen der Zuwanderer und der einheimischen Bevölkerung. Auch die Wirtschaft sollte sich hierbei angemessen beteiligen.

Deutschland muss heutige und zukünftige Eliten an sich binden. Wir müssen ökonomischen Leistungsträgern einen Standort bieten, den sie als ein interessantes neues "Zuhause" sehen. Attraktive, flexible Arbeitsbedingungen, intakte Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit sind dafür Voraussetzung.

Bildung und Ausbildung – Wohlstand durch Wissen erreichen

Durch die demografische Entwicklung stehen die Bildungssysteme unter besonderem Druck. Unsere Potenziale müssen wir bestmöglich und effizient ausschöpfen.

Als Unternehmen wollen wir dazu beitragen, dass Bildung und lebenslanges Lernen in unserer Gesellschaft als eine wichtige Investition in die Zukunft begriffen werden. Entsprechende finanzielle Beteiligungen an den Kosten müssen größere gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Der Staat trägt die finanzielle Grundverantwortung für Bildung. Für die effiziente Ausschöpfung aller geistigen Potenziale ist es essenziell, jedem Bürger – unabhängig von seiner Vermögenslage oder der seiner Eltern – ein hohes Maß an Bildung und damit beruflichen Chancen zu eröffnen.

Der Einzelne muss sich jedoch bewusst sein, dass er mit Aufnahme einer qualifizierenden Ausbildung zugleich eine Dienstleistung der Gesellschaft in Anspruch nimmt. Für besonders hochwertige Ausbildungsleistungen wie zum Beispiel ein Hochschulstudium, sollte der Einzelne im Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit daher bereit sein, auch eigenes Kapital aufzubringen. Weiterhin spricht dafür die positive Wirkung auf die Qualität der Lehre durch Zurverfügungstellung größerer Finanzmittel und verstärkter Qualitätsansprüche der Studierenden. Auch wird das Zielbewusstsein des Einzelnen in Hinblick auf den zeitlichen Rahmen seines Abschlusses geschärft.

Ähnlich wie das Bausparen könnte auch das Bildungssparen öffentlich gefördert werden. Allerdings setzt eine höhere private Beteiligung an den Bildungskosten voraus, dass

III. 3. Chancen für die „Köpfe“ von heute und morgen eröffnen

flankierende Maßnahmen für sozial Schwache ergriffen werden und eine in Deutschland bislang nicht bekannte Stipendien- und Darlehenslandschaft entsteht.

Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels muss die Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische High Potentials deutlich verbessert werden. Nur so können diese für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden und langfristige Bindungen an Gastland und Gastuniversität geknüpft werden, von denen später auch die Wirtschaft profitieren wird.

Es bedarf mehr wettbewerblicher Elemente im deutschen Bildungssystem, um den sich dynamisch verändernden Bildungs- und Ausbildungsansprüchen in der Wissensgesellschaft gerecht zu werden und im internationalen Vergleich attraktive Studiengänge anbieten zu können. Grundvoraussetzung, um am internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe teilnehmen zu können, ist die Schaffung kurzer, englischsprachiger und international anerkannter Ausbildungsgänge.

Um für die Anforderungen eines flexiblen Arbeitsmarktes gerüstet zu sein, ist lebenslanges Lernen essenziell. Dabei soll jeder in Eigenverantwortung entsprechend seinen Neigungen und Talenten aus einem breit gefächerten Katalog an Weiterbildungsmaßnahmen auswählen können.

Eine Aus- oder Weiterbildung anhand eines klar umrissenen Berufsbilds ist heute nicht mehr zielführend. Denn jenseits dieser klassischen Berufsbilder benötigen Unternehmen zunehmend Mitarbeiter mit einer soliden Grundausbildung, flexiblen Qualifikationen und firmenindividueller Spezialisierung. Viele Unternehmen bieten Ihren Mitarbeitern mittlerweile zum Beispiel kostenlose Fortbildungen in Form von e-learning an, auf die der einzelne Mitarbeiter auch außerhalb der Arbeitszeiten zugreifen kann.

Bildung muss auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet werden – den intensiven Dialog zwischen Wirtschaft und Bildungseinrichtungen müssen wir weiter ausbauen.

Als Unternehmen unterstützen und ergänzen wir die Bildungsangebote der Politik. Die Wirtschaft engagiert sich im Bildungssystem in vielfältiger Weise: Sei es durch Kooperationen mit Schulen und Hochschulen, durch zahlreiche Bildungsinitiativen oder durch Gründung privater Hochschulen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen garantiert einen starken Praxisbezug.

Im Rahmen der Ausbildung sehen wir uns als Unternehmen selbst in der Verantwortung. Wir müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, um zu gewährleisten, dass kein Mangel an qualifizierten Fachkräften entsteht. Auch zukünftig wird die Kreativität und Offenheit von Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen gefragt sein, wenn es um die Erschließung neuer Synergiepotenziale geht.

PISA hat gezeigt, dass wir bessere Qualitätssicherungsverfahren an Schulen benötigen. Auch müssen die Lehrpläne in Schulen und Universitäten besser auf die beruflichen Anforderungen an Nachwuchskräfte abgestimmt werden.

Eine nachhaltige qualitative Verbesserung unseres Bildungssystems erfordert den Wettbewerb zwischen Ausbildungseinrichtungen, damit sich diese zur Zufriedenstellung ihrer „Kunden“ um das beste Konzept bemühen. Die qualitativen Standards sollten auch in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsvertretern kontinuierlich geprüft und an den Bedarf der Wirtschaft angepasst werden. So sind wir zum Beispiel in den Unternehmen auf mehr Kompetenz im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sowie auf ein höheres ökonomisches Grundlagenwissen angewiesen. Deutschland hinkt hier im internationalen Vergleich hinterher.

4. Gelebte Nachhaltigkeit in Unternehmen

Die Wirtschaft ist einer der zentralen Akteure in der Gestaltung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklung. Die Fähigkeit, ökologischen und sozialen Herausforderungen im Rahmen einer ökonomisch vorteilhaften Unternehmensführung gerecht zu werden, ist grundsätzliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

Deutsche Unternehmen haben hier im internationalen Vergleich bereits viel Kompetenz entwickelt. Sie sichern Arbeitsplätze, betreiben Aus- und Weiterbildung und tragen damit zur Entwicklung der Städte, Kommunen und Länder bei. Durch ihre Investitionstätigkeit und das Know-how der Mitarbeiter beziehen sie weltweit den Menschen in den Wettbewerb um zukunftsfähige und profitable Lösungen ein. Sie leisten damit neben einem Beitrag zum globalen Kapitaltransfer vor allem Unterstützung für Wissens- und Technologietransfer.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit wird bei den econsense-Unternehmen in die Unternehmensstrategie integriert. Dies bedeutet, in der täglichen Unternehmenspraxis, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in allen Entscheidungsprozessen gegeneinander abzuwägen und Zielkonflikte aufzulösen. Eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit im Unternehmen betrifft im wesentlichen:

- *die Gestaltung von Produkten und Produktionsprozessen im Rahmen einer kundenorientierten und verantwortlichen Produktpolitik;*
- *die Wahrnehmung von Verantwortung in der Gesellschaft – z. B. durch Engagement in Sachen Corporate Social Responsibility, Stakeholderdialog oder Berichterstattung;*
- *die Förderung einer "Kultur der Nachhaltigkeit" innerhalb des Unternehmens.*

Nachhaltige Produkte: Von der Wiege bis zur Bahre

Eine nachhaltigkeitsorientierte und integrierte Betrachtung des gesamten Produktlebenszyklus ist für weite Teile der Wirtschaft bereits selbstverständlich.

Und dies nicht nur angesichts immer komplexerer Beziehungen zwischen Lieferanten, Herstellern und Kunden, sondern auch aufgrund der Erkenntnisse über ökologische und soziale Auswirkungen der Produkte. Die Beherrschung dieser vernetzten Beziehungen ist notwendig und birgt gleichzeitig erhebliches Potenzial; Innovation kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Verbunden mit innovativer Produktpolitik kann nachhaltiges Wirtschaften im Unternehmen wesentlich dazu beitragen, Belastungen für die Umwelt zu reduzieren, Kosten in den Unternehmen zu senken, das Qualitätsniveau zu erhöhen und Innovationen zum Nutzen der Kunden noch effizienter auf den Weg zu bringen.

Dies gilt für innovative Industrieprodukte genauso wie für solche der Finanz- und Dienstleistungsbranchen. Die Produktanalyse reicht dabei von Forschung und Entwicklung über die Herstellung und Verwendung bis hin zur Verwertung und den Auswirkungen der Produkte und Dienstleistungen auf die Menschen, die Umwelt und die Gesellschaft.

In vielen Unternehmen findet daher zur Zeit eine Erweiterung des "Öko-Effizienz"-Ansatzes um soziale und gesellschaftliche Kriterien hin zu einem "Sustainability-Ansatz" statt.

III. 4. Gelebte Nachhaltigkeit in Unternehmen

Danach werden neben ökonomischen und ökologischen Aspekten bereits in der Produktentwicklung gesellschaftliche Auswirkungen des Produktes analysiert, Stellschrauben für die Optimierung identifiziert und die Erkenntnisse mit individuellen Maßnahmen in das Produktdesign integriert. Die ökonomische Effizienzanalyse stellt zudem sicher, dass der technische und kommunikative Aufwand dafür auf das notwendige Maß beschränkt wird.

Zielvorgabe einer nachhaltigen Produktpolitik sollte es sein, bestehende Regelungen und freiwillige Verpflichtungen zu Umweltschutz, Verbraucherinformation sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz sinnvoll und ohne zusätzliche Bürokratie zu verknüpfen und eventuelle Lücken zu füllen.

Als Unternehmen unterstützen wir diese Diskussion – denn was wir brauchen, ist ein Bewusstseinswandel aller Beteiligten. Nachhaltigkeit in der Produktpolitik muss als wertschaffender Bestandteil verstanden werden. Das gilt für die Akteure in den Unternehmen ebenso wie für Politik, Verwaltung und für die Verbraucher. Ordnungsrechtliche Instrumente können dafür nicht alleine die Rahmenbedingungen darstellen.

Verbrauchervertrauen zu gewinnen und Verbraucherinformation zu gewährleisten sehen wir als Schwerpunkt einer nachhaltigen Produktpolitik und als zentralen Aspekt des ökonomischen Erfolgs eines Produktes.

Entscheidend sind offene Kommunikation und Transparenz. Erst wenn es gelingt, über den eigentlichen Produktnutzen hinaus die gesamte Wirkungskette eines Produktes glaubhaft und verständlich darzustellen, wird produktbezogene Nachhaltigkeit als „Mehrwert“ verstanden und vom Konsumenten honoriert werden. Diese Wirkungskette reicht von der Herkunft und dem Inhalt der Rohstoffe über den Herstellungsprozess und den Transportweg bis hin zu den ökologischen und gesellschaftlich-sozialen Auswirkungen des Produktes. Viele Unternehmen berichten daher schon jetzt umfassend über die ökologischen und zunehmend über die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Produkte.

Unternehmen in der Gesellschaft: Social Responsibility

Das Handeln eines Unternehmens steht in vielfältigen, wechselseitigen Beziehungen zur Gesellschaft und hat unterschiedlichste Auswirkungen auf das gesellschaftliche Gefüge – regional, national und global.

Dafür engagieren sich Unternehmen als „gute Bürger“ in ihrem Umfeld und über Standort- oder Werksgrenzen hinaus. Mit diesem Engagement tragen die Unternehmen wesentlich zum Funktionieren des gesellschaftlichen Gefüges bei und sind gleichzeitig Motor für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Gesellschaft. Die deutsche Wirtschaft kann hier auf eine historisch gewachsene Tradition bauen.

Ein verantwortungsvolles Verhalten der Unternehmen geschieht zum Nutzen der wirtschaftlichen sowie der gesellschaftlichen Akteure.

Für Unternehmen zahlt es sich aus, als verlässlicher Partner akzeptiert und anerkannt zu werden: als Kunde, als Geschäftspartner, als Lieferant von Produkten, Lösungen und Dienstleistungen sowie als attraktiver Arbeitgeber aber auch gegenüber Investoren. Die Interessen der Unternehmen mit ihren Shareholdern und die der Stakeholder ergänzen sich in der Regel.

Denn für die Gesellschaft bringt eine dauerhafte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit

III. 4. Gelebte Nachhaltigkeit in Unternehmen

Unternehmen nicht nur Mittel zur Finanzierung der unterschiedlichsten Initiativen, sie kann auch von dem Know-how und der Kompetenz der Unternehmen profitieren.

Grundsätzliche ökologisch-ethische Standards, wie sie sich zum Beispiel in den Prinzipien des Global Compact der UNO oder der OECD Leitlinien widerspiegeln, nehmen bei vielen Unternehmen Einfluss auf deren Unternehmenskultur. Sie sind damit unabhängig vom Standort weltweit gleichermaßen gültig.

Dazu gehören zum Beispiel die Achtung der Menschenrechte, die Beseitigungen aller Formen von Kinder-, Zwangs- oder Pflichtarbeit oder die Einhaltung grundlegender Arbeits- und Umweltstandards.

Mit ihrer aktiven Unterstützung entsprechender Programme von UNEP, UNDP bis hin zum Global Compact belegen verschiedene econsense-Mitglieder diese Haltung. Es zeigt, dass wir unsere Verantwortung durch freiwillige Vereinbarungen und Regelungen wahrnehmen. Neue gesetzliche Regelungen, die individuelle, freiwillige Lösungen ersetzen würden, halten wir dagegen nicht für geeignet, unser Engagement in diesen Bereichen zu stärken.

Wir begrüßen die wachsende Bedeutung von Aktien-Indizes, Fonds und Kreditgebern am Kapitalmarkt, die gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsvolles Verhalten der Unternehmen in den Mittelpunkt ihrer Aufnahme- und Vergabeentscheidungen stellen.

Durch regelmäßige Bewertung und die wachsende Anerkennung von Sustainability-Indizes werden Unternehmen auch hinsichtlich ihres Engagements gegenüber Mitarbeitern und Gesellschaft zunehmend umfassend eingestuft. Wir unterstützen deshalb zum Beispiel Rating-Organisationen bei der Entwicklung von Indikatoren für sozial verantwortliches Investment. Denn mit solchen Indikatoren können wir unsere Überzeugung, dass gesellschaftlich verantwortliches Handeln langfristig Wettbewerbsvorteile sichert, argumentativ weiter untermauern.

Nachhaltige Entwicklung muss mit konkreten Projekten vor Ort gelebt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass ein entsprechender Stakeholderdialog auch dort geführt wird.

Kleine, aber dafür sichtbare und ergebnisbringende Schritte, die sich an der individuellen Situation vor Ort ausrichten, sind oftmals hilfreicher, als große Konzepte ohne greifbares Resultat. Aktive und transparente Kommunikation am jeweiligen Standort sehen wir als den besten Weg, um miteinander zu diskutieren und auch kritischen oder konträren Ansichten Gehör zu verschaffen. Wir wollen die gegenseitigen Beweggründe verstehen, Vertrauen aufbauen und erhalten.

Den dazu entwickelten europäischen Dialog unterstützen wir. Wert legen wir dabei jedoch auf den freiwilligen Charakter und die individuelle Gestaltung unseres gesellschaftlichen Engagements.

Marktwirtschaftliche und freiwillige Instrumente halten wir für am besten geeignet, den offenen Dialog mit Stakeholdern zu führen und unser unternehmerisches Handeln transparent zu gestalten.

Dazu zählt unter anderem die Berichterstattung der Unternehmen über ihre Grundsätze und Aktivitäten auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit. Damit tragen wir dem wachsenden Informationsbedürfnis auf Seiten der Stakeholder deutlich Rechnung. Gemeinsam erarbeitete Leitlinien über die Art der offen zu legenden Informationen, das Berichtformat, die Indikatoren und das Bewertungs- und Auditverfahren können für viele Unternehmen ein hilfreicher Weg

III. 4. Gelebte Nachhaltigkeit in Unternehmen

sein, ihre eigenen Aktivitäten darzustellen. Die GRI-Guidelines, an denen Unternehmen freiwillig ihre Berichterstattung ausrichten können, sind dazu ein positiver Ansatz. Auch EMAS und ISO 14001 bieten Transparenz und Vergleichbarkeit des ökologischen Engagements.

Eine rechtliche Verpflichtung zu einheitlichen nationalen wie internationalen Berichtsstandards lehnen die econsense-Unternehmen ab.

Die Entscheidung über inhaltliche Schwerpunktlegung und Gestaltung von Berichten muss den Unternehmen überlassen bleiben. Nur dann kann auf spezifische Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen aber auch auf unternehmensspezifische Aspekte optimal eingegangen werden.

Unternehmenskultur

Nachhaltigkeit im Unternehmen zu verankern und in internen Strukturen und Prozessen umzusetzen, ist für econsense-Unternehmen Aufgabe des Managements.

Es werden Maßnahmen getroffen, die helfen, das Unternehmen wirtschaftlich in die Zukunft zu führen und eine verantwortungsbewusste Funktion in Gesellschaft und Umwelt wahrzunehmen.

Mehr noch als bisher wird es in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung entscheidend für Unternehmen sein, attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten und so Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden.

Flexible Beschäftigungsstrukturen, wie sie in vielen Unternehmen bereits eingesetzt und weiterentwickelt werden, spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch Fragen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Beachtung spezifischer Bedürfnisse einzelner Mitarbeitergruppen werden dabei an Bedeutung gewinnen.

Die durchgängige und offene Kommunikation im Unternehmen, die Verständlichkeit der geschäftspolitischen Ausrichtung und Transparenz bei Entscheidungsprozessen sind entscheidend für die Motivation und Einsatzbereitschaft jedes einzelnen Mitarbeiters.

Effektive Nutzung des Wissens, der Kenntnisse und der Erfahrungen der Mitarbeiter wird gerade dadurch beeinflusst, dass die Mitarbeiter sich entsprechend ihren Neigungen und Begabungen einbringen können und wollen. Damit kann das Leistungspotenzial effizient genutzt und Kreativität und Ideenreichtum im Sinne der Wertschöpfung des Unternehmens gefördert werden. Eine solche Unternehmenskultur wird nicht nur kurzfristige Leistungsspitzen hervorrufen, sondern anhaltende Erfolge auf hohem Niveau ermöglichen.

Weitreichende Mitspracherechte der Mitarbeiter bei vielen betrieblichen Belangen, Achtsamkeit der Unternehmen beim Arbeitsschutz und für Gesundheits- und Altersvorsorge sowie umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind in den entwickelten Ländern – verankert in weitreichenden betrieblichen und rechtlichen Regelungen - längst Selbstverständlichkeit geworden.

In Schwellenländern und Entwicklungsländern jedoch liegen die sozialen und arbeitsrechtlichen Standards zum Teil wesentlich tiefer. Hier sehen wir als Unternehmen die Chance, uns als attraktiver Arbeitgeber zu etablieren und Einfluss auf eine nachhaltigere Gestaltung des jeweiligen Standortes zu nehmen.

Mitwirkende Unternehmen

Allianz AG

BASF AG

Bayer AG

BMW Group

DaimlerChrysler AG

Degussa AG

Deutsche Bahn AG

Deutsche Bank AG

Deutsche Telekom AG

E.ON AG

HeidelbergCement AG

Lufthansa AG

RAG Aktiengesellschaft

Robert Bosch GmbH

Ruhrgas AG

RWE AG

Siemens AG

Tetra Pak GmbH

ThyssenKrupp AG

TUI Aktiengesellschaft

Verband der Chem. Industrie e. V.

Volkswagen AG